

GERECHTIGKEIT, BEGEGNUNG UND VERGEBUNG: NEUER BERICHT "STAATSTYOLOGIEN UND STRAFLOSIGKEIT IN VENEZUELA".

24. 8. 2023, Hernández, Daniel

Von 2014 bis 2023 wurden in Venezuela mehr als 344 Todesopfer gemeldet. Sicherheitskräfte, wie die GNB, sind die Hauptverantwortlichen für außergerichtliche Hinrichtungen, wie der Bericht hervorhebt.

Die Organisation Justicia, Encuentro y Perdón veröffentlichte einen neuen Bericht mit dem Titel "Staatstypologien und Straflosigkeit in Venezuela", dessen Autoren, die Menschenrechtsanwälte Fernando Fernández und Daniela Suárez, den zweiten Teil dieser Untersuchung vorstellten, der sich auf Verbrechen, Muster, die Selektivität bewaffneter Gruppen bei den Opfern und die Häufigkeit, mit der Verbrechen wie Verfolgung, willkürliche Inhaftierung, Folter und Verfolgung in Venezuela auftreten, konzentriert.

"Wir konzentrieren uns auf Todesfälle bei Demonstrationen, politische Gefangene oder in politischen Verhältnissen. Von 2014 bis 2023 haben wir 344 Todesopfer registriert", betonte Suárez.

Offizielle Daten gibt es in Venezuela so gut wie keine. Fernandez erklärte, dass diese von NGOs und dem Internationalen Strafgerichtshof dokumentiert werden, einschließlich Zahlen zu außergerichtlichen Tötungen. Außerdem wies er darauf hin, dass "Mord als eigenständiges Verbrechen betrachtet werden sollte, da er mit Verfolgung verbunden ist".

Auf den venezolanischen Staat lassen sich mehrere Typologien anwenden, darunter anomisch, fragil und dual. Mit "anomisch" meint er das Fehlen von Gesetzen und Normen sowie die Unfähigkeit, angemessene Rechtsinstrumente bereitzustellen; mit "fragil" bedeutet, dass es ihm an politischer Legitimität mangelt und er nicht in der Lage ist, Stabilität, Sicherheit und Rechte sowie den Zugang zu Gütern für die Mehrheit der Menschen zu gewährleisten.

Zum Begriff "dual" erklärte er, dass dieser die Bereiche Justiz, Wirtschaft und Gesellschaft umfasse. Duale Justiz bedeutet, dass Behörden "freundlich und kooperativ" sein können, aber auch Täter von außergerichtlichen Tötungen und anderen Menschenrechtsverletzungen.

Suárez wies darauf hin, dass seit 2014 zwei Arten von Politiken festgestellt wurden: zum einen die außergerichtlichen Hinrichtungen, die in der Regel in bevölkerungsreichen Gebieten und gegen junge Männer stattfinden, und zum anderen die Diskriminierung, die im Land herrscht. Er kommentierte, dass "Venezuela in das Phänomen der negativen Verfolgung übergegangen ist, jede Person ist in den Augen des Staates ein potentiell Opfer, angefangen von Gewerkschafter*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen, sozialen Kommunikator*innen, egal was diese Person tut, wenn der Staat sie als potentiell Risiko eingestuft hat, wird sie verfolgt".

Er betonte, dass die Organisation drei Kategorien von Opfern identifizieren konnte: Morde, die während friedlicher Demonstrationen begangen wurden, Morde, die begangen wurden, weil die Opfer sich in der Nähe der Demonstrationen aufhielten, obwohl sie nicht an ihnen teilnahmen, und schließlich Morde, die an gezielten Opfern begangen wurden.

Demonstrant*innen werden bei der Ausübung ihres Demonstrationsrechts von den Streitkräften in Verbindung mit bewaffneten zivilen Gruppen angegriffen, "so wie es

der Plan Zamora vorsieht", wodurch sie ihrer Grundrechte auf Leben, Freiheit und persönliche Unversehrtheit beraubt werden, da sie als innere Feinde der Regierung angesehen werden, und somit von der Ausübung des Rechts auf friedliche Demonstration abgehalten werden. "Es handelt sich um eine allgemeine Abschreckung, die auf Angst basiert", so Suárez.

"Die Regierung betreibt den Repressionsapparat, egal ob es sich um einen Offizier der Streitkräfte, einen Abgeordneten oder einen Aktivisten handelt, in Venezuela ist die Politik, den Feind zu töten."

Die GNB ist die Sicherheitsbehörde, die am meisten in die seit 2014 verzeichneten Morde verwickelt war, dann die Volksgarde, gefolgt von CONAS. An zweiter Stelle stehen die Polizeikräfte, darunter die CICPC, an vorletzter Stelle die DGCIM und an letzter Stelle das SEBIN.

"Der Fall der CICPC ist besorgniserregend, weil sie für die Untersuchung dieser Fälle zuständig ist, aber auch die Vollstrecker sind", betonte Suárez.

Bei allen genannten Stellen fehle es an Informationstransparenz; er wies auch darauf hin, dass sie über eine Webseite verfügen und die Befehlskette veröffentlichen könnten. Es gibt Unterschiede im Regelwerk, da einige durch Beschlüsse oder Dekrete geschaffen wurden. Alle diese Sicherheitskräfte sind dem Präsidenten der Republik unterstellt, sei es in seiner Funktion als Oberbefehlshaber oder als Präsident.

Fernández und Suárez betonten die Bedeutung der individuellen Verantwortung, merkten jedoch an, dass die richtige Art und Weise, diese Tötungen zu beurteilen, die "Täterschaft durch organisierte Machtstrukturen" sein sollte. Sie fügten hinzu, dass das venezolanische Strafgesetzbuch keine anderen Formen der Täterschaft als "Täter" anerkennt.

Die Schlussfolgerungen des Berichts lauten, dass ein Zusammenhang zwischen dem Verbrechen der Verfolgung und politisch motivierten Tötungen besteht, dass die Typologie des venezolanischen Staates hybrid ist, dass die Befehlskette der staatlichen Sicherheitskräfte, die an der Begehung der Verbrechen beteiligt sind, strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden kann und dass die Täterschaft durch organisierte Machtstrukturen anwendbar ist.

Schließlich gaben sie eine Reihe von 13 Empfehlungen ab, darunter: die Einführung einer universellen Gerichtsbarkeit in Venezuela für Gräueltaten überall auf der Welt, unabhängig von der Nationalität der Opfer und der Täter*innen; die Kodifizierung der gewöhnlichen und grenzüberschreitenden Verbrechen, die in mehr als 100 Sondergesetzen verstreut sind; und die Einstufung des Verbrechens des gewöhnlichen Mordes als eigenständiges Verbrechen, das das Verbrechen des qualifizierten Mordes ersetzt, da es außergerichtliche Hinrichtungen nicht zulässt.

Die letzten fünf Empfehlungen zielen auf Reformen der Staatsgewalt und der Ministerien sowie des Büros des Ombudsmanns ab, da Suárez betonte, dass es "ohne eine Säuberung und Reform der Staatsgewalt praktisch unmöglich ist, einen wirklichen und effektiven Wandel zu erreichen. Dies und der politische Wille werden es uns ermöglichen, die Situation zu verbessern".

Original in spanisch:

<https://www.amnistia.org/ve/blog/2023/08/24609/nuevo-informe-tipologias-estatales-e-impunidad-en-venezuela>